

In einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung landet der Standort Deutschland als Schlusslicht auf dem letzten Platz der 21 untersuchten Industrienationen. Nach einer Umfrage des Genfer Weltwirtschaftsforums (WEF) unter 8700 Spitzenökonomen in 104 Ländern steht Deutschland bei der Wettbewerbsfähigkeit auf Platz 13 unter 70 verglichenen Ländern. Beide Studien beklagen die viel zu hohen Steuern und Abgaben bei uns. In der Spitzengruppe beider Rankings liegen die skandinavischen Länder. Deren Abgabenquoten liegen jedoch weltweit mit am höchsten. Wie kommt es zu so unterschiedlichen Bewertungen und Fehlschlüssen?

Am 7. Oktober stellte die Bertelsmann Stiftung wieder einmal ein neues [Internationales Standort-Ranking](#) vor.

Dass die Bertelsmann-Studien im Wesentlichen nur das Ziel verfolgen, die Agenda-Politik zu forcieren, haben wir auf den NachDenkSeiten am Beispiel der im August veröffentlichten Benchmarking-Untersuchung ausführlich dargestellt (Vgl. [Eintrag vom 18.8.04](#)). Über die „Privatisierung der Politik“ und über den kaum zu überschätzenden Einfluss der „Großmacht aus Gütersloh“ auf Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Kultur haben Frank Böckelmann und Hersch Fischler soeben unter dem Titel „Bertelsmann. Hinter der Fassade des Medienimperiums“ ein aufschlussreiches Buch veröffentlicht und belegt, wie die Bertelsmann Stiftung die Prinzipien der Unternehmenskultur auf die Gesellschaft insgesamt, auf Verwaltung und Politik auszudehnen versucht (vgl. [sueddeutsche.de](#)).

Am Beispiel der Kampagne von Bertelsmanns Centruns für Hochschulentwicklung (CHE) für die Einführung von Studiengebühren haben wir die Vorgehensweise und die politische Macht der Stiftung auf den NachDenkSeiten dargestellt (vgl. NachDenkSeiten: [„Studiengebühren - ein weiteres Beispiel für den Paradigmenwechsel in der gesellschaftspolitischen Debatte“](#)). Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist sich das CHE unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit noch nicht einmal zu schade, eigene Umfrageergebnisse so zu manipulieren, dass sie zum politisch gewünschten Ergebnis führen.

Auch das jüngste Standort-Ranking folgt diesem Strickmuster: Man nehme vor allem solche Kriterien, bei denen Deutschland wirklich schlecht da steht, und logischer Weise landet dann im Ländervergleich unser Land als Schlusslicht. Hat man den Standort dann schlecht genug geredet, meint man dann ohne jede weitere logische Begründung (oder genauer gesagt, mit den heute üblichen Glaubensbekenntnissen) fordern zu können, dass Deutschland seine „Reformbemühungen deutlich verstärken“ müsse. An Vorschlägen, nichts Neues, nur noch mehr vom Alten.

Zu einer etwas anderen Einschätzung kommt das Genfer Weltwirtschaftsforum, ein sich

unabhängig nennendes Netzwerk für Unternehmer. Das WEF hat nach eigenen Angaben immerhin einige tausend Ökonomen weltweit nach ihrer Einschätzung der Attraktivität von insgesamt 70 Standorten befragt. Danach landet Deutschland hinter Großbritannien und vor Kanada, Frankreich oder Italien auf Platz 13 – also eher im Vordergrund (Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14.10, S. 20). Bei der Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen belegt unser Land sogar hinter den USA und Finnland und vor allen anderen europäischen Ländern einen guten dritten Rang.

Nun ja, von solchen Rankings können sich weder die Deutschen noch ihre Unternehmen etwas kaufen. Sie dienen ohnehin meist nur der Stimmungsmache. Aber immerhin zeigen die doch recht unterschiedlichen Platzierungen Deutschlands einmal mehr, dass es in Deutschland Methode hat, den Standort schlecht zu reden, während uns das Ausland erheblich positiver bewertet.

Wie wenig glaubwürdig und wie ideologisch ausgerichtet allerdings solche Tabellen grundsätzlich sind, lässt sich schon an Hand einiger ganz evidenter logischer Brüche bei den Schlussfolgerungen erkennen: Sowohl Bertelsmann als auch das WEF geben dem deutschen Steuer- und Abgabensystem schlechte Noten, natürlich seien sie viel zu hoch. In blinder Begeisterung für das allgemeine Wirtschafts-Credo, dass alles Heil von den Steuersenkungen komme, wird schlicht übersehen, dass die Rankingspitzenreiter wie Finnland mit 46,3%, Schweden gar mit 53,2% oder Dänemark mit 49% eine weit höhere Abgabenquote haben als Deutschland mit 36,4%.

(Damit die Zahlen untereinander vergleichbar und gewiss unverdächtig sind, wird als Quelle, „Deutschland in Zahlen 2003 des Instituts der deutschen Wirtschaft herangezogen, andere Statistiken weisen für Deutschland eine noch niedrigere Abgabenquote aus.)

Aber das kennen wir ja schon: Ist auch die Diagnose noch so falsch, die Rezepte, die verpasst werden, sind immer die Gleichen. Und wenn alle das Gleiche sagen, wird es schon irgendwann auch geglaubt.